

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

416

Wien, am Montag, den 20. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. Dezember 1926.

FORTSETZUNG DER BERATUNGEN DES VORANSCHLAGES.

Bürgermeister Seitz eröffnet um zehn Uhr vormittags die Sitzung. Es meldet sich Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) zum Wort und beantragt die Auszählung des Hauses und Schluss der Sitzung. Es sind nur wenige Gemeinderäte im Saal. Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung auf eine halbe Stunde. Um halb 11 Uhr eröffnet Bürgermeister Seitz neuerlich die Sitzung mit folgender Erklärung: Ich muss den Gemeinderat und insbesondere Herrn Gemeinderat Haider um Entschuldigung bitten, Ich habe am Schluss der letzten Sitzung nicht den Vorsitz geführt und daher übersehen, dass Gemeinderat Haider seine Rede nicht geschlossen, sondern nur unterbrochen hat. Ich habe daher auch bei Beginn der heutigen Sitzung nicht Anstand genommen, einem anderen Gemeinderat das Wort zu erteilen. Das ist natürlich unter den obwaltenden Umständen nicht zulässig. Ich bitte den Herrn Gemeinderat Haider seine Rede fortzusetzen.

Der Gemeinderat ist inzwischen nahezu vollzählig versammelt und Gemeinderat Haider setzt seine am Samstag unterbrochene Rede fort.

Prämierungen hervorragender Leistungen der Kleingärtner. Die Gemeinde Wien hat wie alljährlich auch heuer Prämien für die schönsten Lauben, Gärten und Schrebergartenanlagen der Kleingärtner ausgesetzt. Die Verteilung der Prämien erfolgte heute nachmittags im Schutz Hause des Kleingartenvereines "Zukunft" auf der Schmelz. In Vertretung des Bürgermeisters war Stadtrat Weber erschienen, der Obmann des Kleingartenausschusses Gemeinderat Hofbauer, die Gemeinderäte Schneider und Hartmann für die Sektion der Kleingärtner Reisberger, die Bezirksvorsteher Haidl und Grassinger, der Leiter der städtischen Kleingartenstelle Ingenieur Brabenetz und viele Mandatäre. Die Feier wurde mit Musik- und Gesangsvorträgen eingeleitet und dann begrüßte im Namen der Wiener Schrebergärtner Reisberger die Festgäste. Stadtrat Weber beglückwünschte die ausgezeichneten Kleingärtner zu ihren Erfolgen. Der Hauptzweck der Prämierung soll darin liegen, den gesunden und edlen Ehrgeiz zu wecken und damit im Wettbewerb aller Kleingärtner das Beste herauszuholen. Die Wiener Kleingartenbewegung war eine Bewegung von Dilletanten und ist im Laufe der Jahre zu einer Bewegung von Fachleuten geworden. Auch ist die Bewegung, die früher eine individualistische war, eine Bewegung der Gesamtheit geworden. Das Ziel der Gemeindeverwaltung muss sein, die Kleingärten systematisch und harmonisch in das Stadtbild einzubauen. Die Voraussetzung hierfür aber ist die Schaffung eines Enteignungsgesetzes und Anforderungsgesetzes, damit nicht der Boden Handelsware und Spekulationsware bleibe. Dann nahm Gemeinderat Hofbauer die Verteilung vor. Es wurden 94 Geldpreise, die von zwanzig Schilling bis zu hundert Schilling gestaffelt sind, und 84 Preise in Form von Anerkennungsschreiben und Ehrenmedaillen verteilt. Ausserdem wurden Preise im Ausmasse von 2117 Schilling für siebzehn Leistungszuchtstationen für Kleintiere und 800 Schilling als Subventionen für Ausstellungen und Kinderspielplätze in den Kleingärten den einzelnen Vereinen und Kleingärtnern überreicht.

G.R. Haider führt aus: Sie haben für das Jahr 1925 ein Defizit von 98 Milliarden vorausgesagt. Was ist aber aus diesem vorausgesagten Defizit geworden? Ein exorbitanter Ueberschuss. Das Jahr 1925 schloss bekanntlich mit einem Ueberschuss von 560 Milliarden ab. Es kann gewiss keine Gemeindeverwaltung auf Heller und Pfennig einen Voranschlag machen. Wenn man aber sieht, dass aus einem vorausgesagten Defizit von 98 Milliarden ein Reingewinn von 560 Milliarden geworden ist, dann müssen Sie begreifen, dass wir der Richtigkeit der Ziffern dieses Budgets mit Misstrauen begegnen. Die Gemeindeverwaltung hat im Jahre 1925 der Bevölkerung um 560 Milliarden zu viel aus der Tasche genommen. Es wäre gar nicht notwendig gewesen, die Bilanz für 1925 mit so einem grossen Ueberschuss abzuschliessen. Dieser Ueberschuss ist der gesamten Bevölkerung und der gesamten Volkswirtschaft entzogen worden. Was hätte dafür geleistet werden können!

Wir bezweifeln die Richtigkeit der Ziffern. Ich würde es mir gründlich überlegen, die Verwaltung anzuschwärzen, um dadurch die Animosität gegen die Gemeindeverwaltung noch zu steigern. Wir haben aber unseren Zweifel mit wichtigen Gründen belegt und deswegen halten wir auch dieses Budget für unglaublich. Die Gemeindeverwaltung sagt, das Budget wird mit 67 Millionen Schilling ^{Defizit} / ^{schon} abschliessen. Wir sind aber heute/im Stande in unwiderlegbarer Weise darzutun, dass diese Ihre Meinung ganz falsch ist. Die Herren die, selbstverständlich unter der Verantwortung des Herrn Finanzreferenten, die Rechnungen so aufgestellt haben, sind, glaube ich ebenso gut von der Unrichtigkeit der Ziffern im Vornherein überzeugt wie wir.

Warum sagt die Gemeindeverwaltung der Bevölkerung, wir werden ein so grosses Defizit haben. Nur um die Steuern aufrecht erhalten zu können und weil auf Grund dieser scheinbaren Tatsache ein Teil der Bevölkerung willens ist, die Steuerlast zu ertragen. Wie sind Sie eigentlich dazugekommen, in diesem Voranschlag ein so ungeheures Defizit aufscheinen zu machen. Wie machen Sie das? Einige Beispiele hiefür, einige Ziffern aus einer einzigen Gruppe, die schon für einen gerechurteilenden Untersucher des Budgets genügen, um mit uns in die Behauptung einzustimmen, die Ziffern sind falsch, zu mindestens ist das erwartete Defizit unrichtig.

In der Verwaltungsgruppe V haben Sie für die Post Investitionen für das Beobachtungsjahr 1925 1,676,331 Schilling ausgegeben. Im Voranschlag für 1927 wollen Sie uns plausibel machen, dass Sie für die gleiche Post 2,827,500 Schilling brauchen. Das ist aber nicht wahr. Und der Rechnungsabschluss für 1927 wird die Richtigkeit unserer Behauptung beweisen. In der gleichen Verwaltungsgruppe haben Sie für die Post Lastkraftwagenverkehr (für Ruhe- und Versorgungsgenüsse) im Jahre 1925 39,123 Schilling ausgegeben. Für die gleiche Post haben Sie für das Jahr 1926 schon 56,740 Schilling veranschlagt und für die gleiche Post für das Jahr 1927 aber schon 86,750 Millionen für die gleiche Post für das Jahr 1927 aber schon 86,750 Schilling, also um 47,627 Schilling mehr veranschlagt als Sie im Jahre 1925 tatsächlich ausgegeben haben. Eine so exorbitante Steigerung ist in diesem Falle absolut nicht gegeben. Sie wird nur deswegen eingestellt, um das scheinbare Defizit zu machen.

Für die Post Schneearbeiter haben Sie im Jahre 1925 123,868 Schilling ausgegeben. Daran zweifle ich nicht. Für das Jahr 1926 haben Sie für die gleiche Post 349,900 Schilling veranschlagt und für das Jahr 1927 gar schon 425,250 Schilling. Dass Sie, Herr Stadtrat Breitner, diese ungeheure Summe brauchen, das glaubt Ihnen kein Mensch. Dass Sie dafür um 301,382 Schilling mehr ausgeben werden, das ist ganz falsch. Sie kommen zu solchen Ausgabeziffern nur deswegen, weil Sie der Öffentlichkeit ein grosses Defizit vortäuschen wollen. Daher das grosse Plus an Ausgaben.

In der gleichen Gruppe haben Sie für Instandhaltung von Geräten im Strassenpflegebetrieb im Jahre 1925 119,280 Schilling ausgegeben. Für das Jahr 1926 haben Sie 223,860 Schilling veranschlagt und für das Jahr 1927 verlangen Sie um 131,612 Schilling mehr, verlangen Sie 250,900 Schilling. Jeder der den Umfang dieses Postens kennt, der muss doch sagen, dass es ausgeschlossen ist, eine so ungeheure Summe zu brauchen.

Für Rohstoffe im Strassenbahnpflegebetrieb haben Sie im Jahre 1925 40,199 Schilling ausgegeben. Für 1927 verlangen Sie um 84,901 Schilling mehr, verlangen Sie 125,000 Schilling. Es ist niemand in diesem Saal, der an der Richtigkeit dieser Ziffern nicht zweifelt. Warum setzen Sie sich hier wieder fragen - so hohe Ausgabeposten ein. Nur um Ihren Steuerwahnsinn und um den Ruin unseres Wirtschaftslebens fortsetzen zu können.

Eine sehr interessante und ebenso falsche Post ist die Post für Licht- und Kraftstrom im Dampfwäschereibetrieb. Im Jahre 1925 haben Sie dafür 3,674 Schilling gebraucht. Für das Jahr 1927 veranschlagen Sie schon die Summe von 10,900 Schilling. Eine ebenso falsche Post ist die Post allgemeine Unkosten ebenfalls im Dampfwäschereibetrieb. Was Sie eigentlich unter allgemeine Unkosten verstehen, das haben Sie uns nie gesagt und sagen es auch nicht. Für das Jahr 1925 haben Sie in dieser Post 77,464 Schilling ausgegeben. Für das Jahr 1927 veranschlagen Sie die hohe Summe von 110,440 Schilling. Es ist zumindestens geschmacklos, in allen möglichen Gruppen für Allgemeine Unkosten so grosse Summen einzustellen und uns nicht zu sagen, was darunter zu verstehen ist. Wir wissen es, Sie verstehen unter Allgemeine Unkosten das, was nicht verstanden werden soll und darf. Auch beim Betrieb Wasserversorgung ist eine sehr interessante Post der Ruhegenuss von Angestellten. Für das Jahr 1925 haben Sie in den Rechnungsabschluss 203,100 Schilling eingestellt. Im Jahre 1927 sind hiefür 349,150 Schilling eingesetzt. Ich bitte mich nicht misszuverstehen, wir sind nicht gegen eine Erhöhung der Ruhegenüsse. Sie sind ja zum grösstenteil auf unsere Initiative zurückzuführen. Gegen was wir demonstrieren, das sind die falschen Zahlen, mit denen Sie der Bevölkerung ein Defizit beweisen wollen. Die Post Erhaltung der Wasserleitungsanlagen ist im Rechnungsabschluss für 1925 mit 745,540 Schilling enthalten; für 1927 sind 1,800,000 Schilling veranschlagt. Die Bevölkerung glaubt Ihnen ja viel, aber eine solche Zumutung übersteigt doch alle Grenzen. Auch beim Kanalbetrieb weist die Post Ruhegenüsse eine Steigerung von 8,748 Schilling im Jahre 1925 auf 20,400 Schilling im Jahre 1927 aus. So geht es natürlich bei einer grossen Reihe von Positionen nur in der einen Verwaltungsgruppe. Aber es ist auch bei den anderen Gruppen so. In der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtspflege sind im Jahre 1925 nur 47,000 Schilling für Sommererholungsheimstätten ausgewiesen; im Jahre 1927 sind aber 82,540 Schilling eingesetzt. Bei den Investitionen für diese Heime stieg gegenüber dem Jahre 1925 die Ausgabe von 8000 auf 37,000 Schilling, also auf das Fünffache.

G.R. Untermüller (chr. soz.) Haben Sie einen Waggon geselchete Landluft gekauft!

G.R. Haider: Diese Art der Budgetierung geschieht nur um zu zeigen, dass die Gemeinde mehr ausgibt. Unter verschiedene Einnahmen sind im Jahre 1925 bei dieser Gruppe nur 350,000 Kronen veranschlagt gewesen, der Erfolg war aber 102,699 Schilling. Für 1927 haben Sie nur 5000 Schilling eingestellt.

20/12



Schluss des Berichtes über die Vormittagsitzung
(20. Dezember 1926.)

G. R. Haider: Ihr Budget ist auf dem Grundsatz aufgebaut, um jeden Preis die Bevölkerung irrezuführen. Es ist falsch, wenn Sie sagen, dass ein Defizit von 67 Millionen Schilling aufscheinen wird.

Sie haben immer behauptet, dass Sie in der sozialen Verwaltung ein grosses Stück Volkspolitik hineingebracht haben. Sie sagen, Sie sind daran die sozialen Fragen im Geiste des marxistischen Sozialismus zu lösen. Mit diesem Hinweis wollen Sie Ihre schädliche Politik begründen. Ihre Steuerpolitik trifft nicht die Reichen und Besitzenden allein, sondern alle wirtschaftlich Schwachen. Das sagen nicht nur wir allein, sondern auch viele Arbeiter und Angestellte. Die Fürsorgeabgabe übt auf das soziale Leben des Arbeiters entscheidenden Einfluss aus. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe soll im Jahre 1927 dreizehn Millionen Schilling einbringen. Sie kann rücksichtslos eingehoben werden, weil, wie Sie sagen, dem Arbeiter das nichts macht. Aber wir wissen doch, dass Sie die Arbeiter damit besteuern.

Nun zur Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Sie ist nach Ihrer Behauptung nur die Steuer, die von besseren Etablissements bezahlt wird und von der der kleine Geschäftsmann, weil er solche Etablissements nicht besucht, nicht betroffen ist. Wenn das so wäre, wenn wirklich nur die besseren Restaurationen und Hotels die Steuer zahlen würden, in denen nur die Schieber und Prasser verkehren, dann könnte man über die Steuer mit sich reden lassen. Es ist Ihnen aber, wie auch uns nichts Neues, dass schon jedes Wirtshaus mit farbigen Tischtüchern die Nahrungs- und Genussmittelabgabe leisten muss. Finden Ihre Organe ein solches scheinbar bessere Lokal, dann wird Ihnen Herr Breitner, gleich gemeldet, dass der etwas zu holen ist. Sie wollen auf diese Art 15 Millionen Schilling aus den Taschen der Konsumenten fressen, sie halten Herr Breitner an der zu Granderichtung der kleinen Geschäftsleute, an der Ausbeutung gerade der kleinen Schwachen fest. Sie sagen, die Leute sollen eben nicht in Etablissements gehen, die die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zahlen müssen. Sie sagen, es gibt noch andere Wirtshäuser, die keine Nahrungs- und Genussmittelabgabe zahlen. Gewiss gibt es Restaurationen, die von dieser drückenden Abgabe befreit sind. Aber deren Zahl ist so gering, dass die Leute nicht das Geld und die Zeit haben, sie suchen zu können. Wir haben nichts dagegen, wenn Prasser und Schiebertum und die wirtschaftlich Starken einen Teil ihres oft arbeitslosen Einkommens für die Allgemeinheit hergeben müssen. Das liegt ja dem Programm der christlichsozialen Volkspartei zugrunde. Sie können uns auch nicht beweisen, dass wir dagegen Stellung genommen haben. Gegen was wir Stellung nehmen, ist, dass Herr Stadtrat Breitner zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitslosen Besitz und Besitz, der ehrlich erworben, nicht zu unterscheiden vermag.

Die Fremdenzimmerabgabe belastet die Volkswirtschaft sehr schwer und das tangiert auch die Arbeiterschaft. Die Höhe der Fremdenzimmerabgabe hält einen grossen Teil der Fremden davon ab, nach Wien zu kommen. Die Fremdenzimmerabgabe ist eine unsoziale Steuer und, wenn Sie behaupten, dass die Arbeiterschaft von ihr nicht betroffen wird, ist das selbstverständlich falsch. Ein Hotelier, dessen Hotel von Fremden nicht besonders besucht wird, muss doch dazu kommen, einen Teil seines Personals zu entlassen. Das ist die unausbleibbare Folge. Deswegen verurteilen wir die Steuer und deswegen wollen wir, dass sie aus der Welt geschafft oder zumindestens einer Korrektur unterzogen werde.

Eine andere Steuer, die Hausgehilfinnenabgabe. Sie sagen, dass die Hausgehilfinnen von ihr nicht betroffen werden, sondern nur diejenigen Haushalte, die sich mehr als eine Hausgehilfin halten.

Es ist inzwischen ein Uhr mittag geworden und die Vorsitzende, Gemeinderätin Book schliesst die Sitzung. Gemeinderat Haider will um 4 Uhr nachmittags seine Ausführungen fortsetzen.